

das Nothwendige hinaus zu veranzagen. Auch ist die Frage, ob nicht unbeschadet der Kriegstüchtigkeit eine Abkürzung der Präsenzzeit ausführbar wäre, einer eustlichen Prüfung zu unterziehen.“ Dagegen gab Freiherr von Wöllwarth die Erklärung ab: „In Erwägung, daß jede noch so ernstliche Prüfung der Frage der Präsenz für die nächste Zeit nach unserer Ueberzeugung eine Verkürzung derselben nicht zur Folge haben kann, bedauern wir, daß wir der dießbezüglichen Forderung in dem Parteiprogramm nicht beizutreten vermögen.“ Diese Erklärung fand sofort zahlreiche Unterschriften. Die Mehrheit der Versammlung nimmt den Paragraphen aber doch an. Das Parteiprogramm gipfelt im Uebrigen in folgenden Sätzen: „Die deutsche Partei steht auf dem Boden der Reichsverfassung treu zu Kaiser und Reich, verbindet aber mit der Treue zum Reiche die Treue zur Landesverfassung und die Anhänglichkeit an erprobte heimische Institutionen. In der inneren Gesetzgebung des Reiches und des Landes verlangt die Partei die Durchführung der liberalen Principien des modernen Staates. Die Partei ist für gründliche Bekämpfung des Landstreichertums, für Einführung der Dienstbücher, für Beschränkung des Haushandels und für eine Reform des Gesetzes betr. den Unterkümmungswohnst. Die Partei erkennt die Nothwendigkeit an, daß Sorge für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse getragen werde; sie spricht sich gegen das Verlangen um Wiederaufhebung des Gesetzes über die bürgerliche Eheschließung aus, hält die Durchführung des bestehenden Münzgesetzes für geboten und betrachtet die Zollgesetzgebung für vorerst abgeschlossen. Die Auswanderungsfrage wünscht die Partei im Sinne der Ausnahme einer den Bedürfnissen des Reiches entsprechenden Colonialpolitik behandelt zu sehen. Bei der schwierigen Finanzlage, in welcher in Folge der gesteigerten Anforderungen der Gegenwart und des Rückgangs wichtiger Einnahmequellen die meisten deutschen Staaten, unter ihnen auch Württemberg, sich befinden, erscheint es der Partei dringend geboten, im Reich wie im Lande in allen Zweigen der Staatsthätigkeit die Ausgaben zu beschränken und gewissenhafte Sparsamkeit zu üben. Insbesondere sind in Württemberg die Mittel und Wege auf das sorgfältigste zu prüfen, durch welche das Gleichgewicht im Staatshanshalt hergestellt werden kann. Die Partei hält es für nothwendig, daß die Ausgaben des Reiches durch eigene Einnahmen desselben bestritten und damit die Matricularumlagen beseitigt werden. Die Partei ist bereit zur Verwilligung von Reichssteuern, soweit das Bedürfnis überzeugend nachgewiesen, und die Tragweite und der Umfang der Steuern zu überblicken ist. Unbedingt abzulehnen sind solche Reichssteuern, welche, wie beispielsweise eine Luittungssteuer, durch ihre Schwere oder die drückende Form ihrer Erhebung berechtigte Mißstimmung hervorzurufen geeignet sind, oder bei welchen die constitutionelle Stellung des Reichstags nicht gebührend gewahrt ist. Erforderlichen Falls würde die Partei zu Beschaffung unumgänglich nothwendiger Einnahmen das Tabakmonopol der Einführung lästiger, Verleht und Erwerb hemmender Steuern vorziehen.“

10. Januar. (Elsaß-Lothringen.) In Colmar wird bei der Wahl zum Landesauschusse der Candidat der vereinigten Clericalen und Protestler Grad geschlagen und der Autonomist Oberlandesgerichtsrath Scheuch mit 37 gegen 29 Stimmen gewählt.

Der Gewählte ist ein geborener Elsässer und hatte seine Anschauungen und Bestrebungen in einem Schreiben an die Wähler dahin präcisirt: „... Was ich anstrebe? Ich will durch Erhöhung der Productionskraft des Landes an dessen Wohlfahrt mitarbeiten; ich will durch eine eustlich